

Konsolidierungsvertrag

zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)

zwischen

dem Land Rheinland-Pfalz,
vertreten durch
die Kreisverwaltung Donnersbergkreis

und

der Ortsgemeinde Winnweiler
vertreten durch
Herrn Ortsbürgermeister Rudolf Jacob.....

Präambel

Zum Abbau der in der Vergangenheit aufgelaufenen hohen Verbindlichkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung wurde am 22. September 2010 von Ministerpräsident Kurt Beck und den Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände die Gemeinsame Erklärung zum „Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)“ (im Folgenden: „Rahmenvereinbarung“) unterzeichnet. Der KEF-RP soll ein Maximalvolumen von 3,825 Mrd. Euro aufweisen und über eine Laufzeit von 15 Jahren ab 2012 jährlich bis zu 255 Mio. Euro aufbringen, um damit bis zu zwei Drittel der Ende 2009 bestehenden kommunalen Liquiditätskredite zu tilgen und die fälligen Zinsen zu decken.

Die Finanzierung des Fonds erfolgt zu einem Drittel durch das Land aus Mitteln des allgemeinen Landeshaushalts, zu einem weiteren Drittel durch die Solidargemeinschaft aller rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs und zum restlichen Drittel durch die teilnehmenden Kommunen selbst über eigene Konsolidierungsbeiträge. Nähere Einzelheiten zum Vollzug des Entschuldungsprogramms sind in dem zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land abgestimmten „Leitfaden zur Umsetzung des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)“ (im Folgenden: „Leitfaden“) geregelt.

Der Abschluss des vorliegenden Konsolidierungsvertrages ist Voraussetzung für die Teilnahme am KEF-RP. In dem Konsolidierungsvertrag werden die wesentlichen Bedingungen der Programmteilnahme festgelegt, insbesondere wird der Konsolidierungsbeitrag der teilnehmenden Kommune bezüglich seiner Höhe und der zu seiner Realisierung vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen konkretisiert.

§ 1 **Teilnahme am KEF-RP**

In Anerkennung der in der Rahmenvereinbarung und im Leitfaden festgelegten Regelung sowie unter Berücksichtigung der nachstehenden Konsolidierungszusage vereinbaren die Vertragsparteien die Aufnahme der teilnehmenden Kommune in den KEF-RP. Der teilnehmenden Kommune werden Entschuldungshilfen aus dem Programm in Aussicht gestellt. Insbesondere unter der Voraussetzung einer erfolgreichen Umsetzung der kommunalen Konsolidierungszusagen im Haushaltsvorvorjahr erfolgt die Bewilligung von Zuweisungen auf den jährlich zu stellenden Antrag der teilnehmenden Kommune für das Haushaltsjahr durch einen Bewilligungsbescheid der zuständigen Bewilligungsbehörde.

§ 2 **Leistungen aus dem KEF-RP, Konsolidierungsbeitrag, Konsolidierungsergebnis**

- (1) Der im Rahmen des KEF-RP maßgebliche Liquiditätskreditbestand der teilnehmenden Kommune beläuft sich auf *3.806.691 Euro*. Er wird mit einem Anteil von 78,26 v. H. als Gesamtleistung aus dem KEF-RP berücksichtigt und beträgt für die teilnehmende Kommune über die Laufzeit von 15 Jahren unter Berücksichtigung aller drei Finanzierungsanteile *2.979.116 Euro*, die Jahresleistung beläuft sich folglich auf *198.608 Euro*.
- (2) Die teilnehmende Kommune verpflichtet sich, ihre eigenen Konsolidierungsmöglichkeiten in dem Umfang auszuschöpfen, dass jährlich mindestens ein Drittel der auf sie entfallenden Jahresleistung des Entschuldungsfonds durch eigene Konsolidierungsanstrengungen aufgebracht wird. Der jährliche kommunale Drittelanteil der teilnehmenden Kommune beläuft sich danach auf mindestens *66.203 Euro* (Konsolidierungsbeitrag).
- (3) Die teilnehmende Kommune verpflichtet sich, ihren Bestand an Liquiditätskrediten jährlich mindestens in Höhe von 80 v. H. der auf sie entfallenden Jahresleistungen des KEF-RP zu vermindern (Konsolidierungsergebnis). Soweit diese Mindest-Nettotilgung in besonderen Einzelfällen ausnahmsweise trotz der Entschuldungshilfen und einer strengen Haushaltsdisziplin nicht realisiert werden kann, müssen die bestehenden Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten bzw. die Begründung neuer Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten wenigstens im möglichen Umfang vermindert werden.

§ 3 **Konsolidierungsmaßnahmen**

- (1) Der zugesagte eigene Konsolidierungsbeitrag in der in § 2 Abs. 2 genannten Höhe wird durch die nachstehenden Einzelmaßnahmen realisiert werden:

Anhebung der Realsteuerhebesätze:

Die teilnehmende Kommune hebt ab dem Jahr 2012 die Realsteuerhebesätze wie folgt an:

Grundsteuer A von 280 v. H. auf 290 v. H., Konsolidierungsanteil *95 Euro* jährlich

Grundsteuer B von 320 v.H. auf 340 v.H., Konsolidierungsanteil *20.058 Euro* jährlich

Gewerbsteuer von 350 v.H. auf 355 v.H., Konsolidierungsanteil *161.000Euro* Jährlich

Anhebung Hundesteuersätze:

Die teilnehmende Kommune hebt ab dem Jahr 2012 die Hundesteuersätze wie folgt an:

	bisher	neu
1.Hund	52,00 €	72,00 €
2.Hund	77,00 €	96,00 €
3.Hund	103,00 €	124,00 €
1.Hund ermäßigt	26,00 €	36,00 €
2.Hund ermäßigt	38,50 €	48,00 €
Kampfhunde	520,00 €	620,00 €

Es errechnet sich ein Konsolidierungsanteil von *6.262 €* jährlich.

Anhebung Friedhofsgebühren

Die teilnehmende Kommune hebt voraussichtlich ab dem Jahr 2013 die Friedhofsgebühren wie folgt an:

a) Verwaltungskostenzuschlag Grabanfertigung von	0,00 € auf 30,00 €
b) Urnengrabanfertigung	von 110,00 € auf 130,00 €
c) Grabplatzgebühr Doppelgrab	von 520,00 € auf 600,00 €
d) Grabplatzgebühr Einzelgrab	von 260,00 € auf 300,00 €
e) Grabplatzgebühr Urnengrab	von 160,00 € auf 300,00 €
f) Deponiegebühren	von 50,00 € auf 60,00 €
g) Benutzung der Leichenhalle	von 100,00 € auf 120,00 €

Es errechnet sich ein Konsolidierungsanteil von rd. *6.500 € jährlich*.

Einnahmen aus dem Verkauf von gemeindeeigenem Grundvermögen

Im Jahr 2009 hat die Gemeinde das Grundstück Pl.Nr. 1046/2 (ehemaliger Hochbehälter Schulstraße) mit 930 m² von den Verbandsgemeindewerken übernommen. Die Ortsgemeinde Winnweiler benötigt dieses Grundstück nicht zur Erfüllung ihrer Aufgaben und ein Verkauf ist deshalb vorgesehen. Es wird mit einem Verkaufserlös von rd. 70.000 € kalkuliert. Der genaue Verkaufszeitpunkt ist im Moment noch nicht vorhersehbar. Der Verkaufserlös von rd. 70.000 € soll zu gegebener Zeit als Konsolidierungsbeitrag im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds eingebracht werden.

Ausgabenreduzierung bei den Straßenbeleuchtungskosten

Die Ortsgemeinde Winnweiler rüstet derzeit in den Ortsteilen Hochstein und Potzbach die Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten um. Es wird hier mit einem Kostenaufwand von 80.749,83 kalkuliert. Ein Zuschuss in Höhe von 26.246,64 € ist seitens des Bundesumweltministeriums bewilligt. Der Eigenanteil der Ortsgemeinde beträgt 54.503,19 €. Nach Durchführung der Maßnahme wird mit einer Energiekosteneinsparung von insgesamt rd. 5.450 € jährlich gerechnet (Berechnung Pfalzwerke AG, Ludwigshafen). Nach Abzug der Finanzierungskosten verbleibt ein Einspareffekt von rd. 2.000 €/jährlich. Diese Kosteneinsparung in Höhe von 2.000 €/jährlich wird im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds als Konsolidierungsbeitrag eingebracht. Weiterhin wird durch die Maßnahme mit einer Einsparung bei der Wartungspauschale für die Straßenbeleuchtung in Höhe von 2.420 €/jährlich (Berechnung Pfalzwerke AG, Ludwigshafen) zu rechnen sein. Auch diese Kosteneinsparung in Höhe von 2.420 €/jährlich wird im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds als Konsolidierungsbeitrag eingestellt. Es errechnet sich ein Konsolidierungsbeitrag von 4.502,68 €/jährlich.

Ausgabenreduzierung bei den Unterhaltungsmaßnahmen

Der Pfälzische Verein für soziale Rechtspflege, Kaiserslautern übernimmt für die Ortsgemeinde Winnweiler Unterhaltungsmaßnahmen für die gemeindlichen Einrichtungen wie Bürgerhäuser, Kinderspielplätze, Straßen, Parkplätze, Öffentliche Plätze, Friedhöfe, Grünanlagen etc.. Für diese Leistungen wurde in der Vergangenheit durchschnittlich jährlich ein Betrag von 44.537,05 € fällig. Aufgrund der Neufestlegung des Leistungskatalogs sowie der Preisgestaltung konnte der jährliche Aufwand auf 39.500 € reduziert werden. Die daraus resultierende Kosteneinsparung wird als Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 5.037,05 € *jährlich* im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds eingebracht.

- (2) Wird nachträglich festgestellt, dass die Konsolidierungsmaßnahmen zur Erzielung des kommunalen Konsolidierungsbeitrags unzureichend sind oder treten durch spätere Entscheidungen der zuständigen kommunalen Organe Änderungen bei den vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen ein, so sind ausbleibende Konsolidierungseffekte durch alternative Maßnahmen aufgrund kommunalpolitischer Entscheidungen im Einvernehmen mit der Kommunalaufsichtsbehörde vollständig zu kompensieren.

§ 4

Kündigung oder Aussetzung des Konsolidierungsvertrages

- (1) Um den angestrebten Entschuldungseffekt sicherzustellen, kommt innerhalb der Laufzeit des Vertrages, vorbehaltlich der Absätze 2 und 3, eine vorzeitige Kündigung nicht in Betracht.

- (2) Wird unter Einbeziehung von Kompensationsmaßnahmen der erforderliche kommunale Konsolidierungsbeitrag gemäß § 2 Abs. 2 nicht realisiert und zwischen der teilnehmenden Kommune und der Aufsichtsbehörde auch keine Einigung über einen nachträglichen Ausgleich erzielt, so kann der Konsolidierungsvertrag nach Anhörung der teilnehmenden Kommune vom Land ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden. Entsprechendes gilt, wenn die teilnehmende Kommune ihre Pflichten zur jährlichen Beantragung der Entschuldungshilfe bzw. zum Konsolidierungsnachweis verletzt. Im Falle einer Kündigung kommen für das laufende Haushaltsjahr noch nicht ausgezahlte Bewilligungsmittel nicht mehr zur Auszahlung. Eine Rückforderung bereits ausgezahlter Entschuldungshilfen nach Maßgabe der Regelungen des Zuwendungsbescheids bleibt vorbehalten. Anstelle der Kündigung kommt einmalig auch eine Aussetzung des Vertrages für ein Jahr in Betracht, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die teilnehmende Gemeinde ihren Konsolidierungsbeitrag nach Ablauf der Aussetzungsfrist wieder erbringt.
- (3) Wenn das Konsolidierungsergebnis gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 nicht erreicht wurde und im Rahmen der Ausnahmebestimmung des § 2 Abs. 3 Satz 2 auch nicht ausreichend dargelegt und begründet wurde, dass die bestehenden Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten bzw. die Begründung neuer Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten wenigstens im möglichen Umfang vermindert wurden, gilt Abs. 2 Satz 1, 3 und 4 entsprechend.

§ 5 Konsolidierungsnachweis

Die teilnehmende Kommune informiert die zuständige Aufsichtsbehörde jeweils zum 30. November des Haushaltsjahres unaufgefordert über die erreichte Umsetzung des Konsolidierungsvertrages im Haushaltsvorjahr. Dies betrifft sowohl den Konsolidierungsbeitrag (Vorlage der entsprechenden Anlage zum Jahresabschluss) als auch den erzielten Stand der Liquiditätskreditbelastungen (Vorlage des Konsolidierungspfades gemäß Muster 5 des Leitfadens). Die Nachweise und der Konsolidierungsvertrag werden gleichzeitig auf der Internetseite der teilnehmenden Kommune eingestellt.

§ 6 Laufzeit des Vertrages

Dieser Konsolidierungsvertrag tritt am 1. Januar 2012 in Kraft und endet spätestens am 31. Dezember 2026 bzw. mit Ablauf des Haushaltsjahres, in dem der Umfang der Liquiditätskredite der teilnehmenden Kommune unter Berücksichtigung der auf den eigenen Haushalt entfallenden Zahlungsmittelbestände erstmals auf ein Drittel des Standes zum 31. Dezember 2009 vermindert wurde, soweit nicht ausnahmsweise ein unmittelbarer Wiederanstieg der Liquiditätskredite absehbar ist.

**Kirchheimbolanden, den 25.11.2014
Kreisverwaltung Donnersbergkreis**

Gez.

.....
(Winfried Werner)
Landrat,

**Winnweiler, den 30.10.2014
Ortsgemeinde Winnweiler
i.V.**

Gez.

.....
(Dr. Reinecke-Frank)
Beigeordneter